



Bomben auf Fabriken

Gerald Knaus Falter

August 27, 2008

Russland will Georgien nicht nur militärisch in die Knie zwingen, sondern vor allem ökonomisch.

Kann man sich Mikhail Saakaschwili als Anführer einer Guerillabewegung in den kaukasischen Bergen vorstellen? "Wir hatten eine Wahl", erklärte der georgische Präsident der New York Times in einem Interview am vergangenen Wochenende. "Wir hätten unser Land in ein Tschetschenien verwandeln können - wir hatten genug Leute und Ausrüstung dafür. Oder aber wir tun nichts und bleiben ein modernes europäisches Land. Am Ende hätten wir die Russen vertrieben, aber dazu hätten wir in die Berge gehen und uns Bärte wachsen lassen müssen."

Man wird kaum einen Widerstandskämpfer in der an Aufständen nicht gerade armen Geschichte des Kaukasus finden, der so argumentiert hätte. Damit ist man bereits beim Kern des georgischen Dilemmas. Tatsächlich kann man sich Saakaschwili und seine zumeist an westlichen Universitäten ausgebildete, junge Ministerriege nur schwer mit langem Bart im Hochgebirge der Tuschetiregion, an der tschetschenischen Grenze, als Rebellenführer vorstellen. Das hätte auch die Vorstellungen jener verraten, die Saakaschwili 2004 bei der Rosenrevolution an die Macht gebracht und danach (auch 2008) wiedergewählt hatten. Denn für tschetschenische Zustände stimmte dabei keiner.

Ein Ziel der Rosenrevolution war es ohne Zweifel, Georgiens nationale Einheit wiederherzustellen: Dafür sorgte allein die große Zahl georgischer Flüchtlinge aus Abchasien und Südossetien. Aber ein zweites, für viele Georgier viel greifbareres und wichtigeres Ziel war es, das Land nach fast zwei Jahrzehnten der enormen Unsicherheit und des wirtschaftlichen Niedergangs zu einem modernen europäischen Land zu machen.

Das aber bedeutet: Es gab in der vergangenen Woche gar keine Alternative für die georgische Führung als die de facto militärische Kapitulation. Nachdem die Entschlossenheit Putins klar wurde und auch die Gefahr eines Durchmarsches nach Tbilisi im Raum stand, konnte die georgische Armee nichts anderes tun, als sich zurückzuziehen. Ohnmächtig sah sie zu, wie russische Soldaten ihr Gerät zerstörten und ihre Kasernen plünderten. Zähneknirschend blieb der Führung in Tbilisi nur, in Gesprächen mit ausländischen Regierungen und Journalisten den wiederholten russischen Wortbruch zu beklagen. Und Hilfe und Solidarität einzufordern.

Was aber wird nun aus Georgien? Indem die georgische Führung jedem bewaffneten Kampf als aussichtslos abschwor, legte sie ihr Schicksal in die Hände ihrer ausländischen Freunde. Das war eine einerseits alternativlose und andererseits kluge Entscheidung. Denn nun erhöht

sich der Druck des Auslands auf Moskau: Auch vonseiten bislang russophiler Europäer - wie Frankreich oder Deutschland - wird wachsender Unmut spürbar. Was wollen russische Soldaten noch in der Hafenstadt Poti? Wie dient es dem erklärten Ziel, Frieden sichern zu wollen, weiterhin jede Rückkehr vertriebener Georgier nach Südossetien zu blockieren?

Immer klarer scheint das russische Ziel, Georgien nicht nur militärisch, sondern ökonomisch in die Knie zu zwingen. War es Zufall, dass neben den Transportwegen auch die wichtigsten Auslandsinvestitionen im Land bombardiert wurden? Für Georgien ist das Vertrauen von Investoren aus dem Ausland überlebenswichtig. Der junge Premierminister, Lado Gurgendize, hatte noch vor wenigen Monaten von der Notwendigkeit gesprochen, in den nächsten fünf Jahren zwischen zehn und zwanzig Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen ins Land zu bringen. Denn Georgien ist weiterhin arm, die Zinsen sind hoch, und es gibt nur wenige lokale Firmen, die Produkte erzeugen, die exportiert werden können. Dennoch wuchs die georgische Wirtschaft schnell, 2006 um 9,4 Prozent. Der Motor dieses Wachstums waren neben Überweisungen von Gastarbeitern vor allem die schnell wachsenden Investitionen aus dem Ausland (über 1,1 Milliarden Dollar 2006).

Sakaschwili spricht gerne davon, Georgien zu einem kaukasischen Dubai zu machen. Unter den europäischen Ländern sind die baltischen Staaten, ist Estland das Vorbild. Noch Anfang 2008 sah diese Strategie vielversprechend aus: In den ersten Monaten des Jahres erreichten Direktinvestitionen in Georgien einen neuen Rekord. Die Vereinigten Arabischen Emirate, türkische Investoren, kazachische Firmen trieben Projekte voran, die zehntausende neue Arbeitsplätze zu schaffen versprochen. In der Hafenstadt Poti sollte eine große Freihandelszone entstehen, in den Bergen neue Wasserkraftwerke gebaut werden. Ist es ein Zufall, dass sich die russische Armee gerade beim Abzug aus Poti so viel Zeit lässt?

Dazu kam eine weitere Lehre aus den Protesten im vergangenen Herbst in Tbilisi. Mit dem Ziel des möglichen Nato-Beitritts vor Augen, hatte Georgien in fünf Jahren seine Ausgaben für Sicherheit und Militär von weniger als zwei auf fast 13 Prozent seines Bruttosozialprodukts erhöht. Doch schon in diesem Frühjahr versprach die Regierung den Wählern eine Kurskorrektur. Man wolle Sozialausgaben erhöhen und bei der Rüstung einsparen, verkündete Gurgendize. Das Hauptziel der Regierung sei es nun, Arbeitsplätze zu schaffen.

Hier ist also das georgische Dilemma: Kann eine solche Strategie, Georgien als Handels- und Finanzzentrum zu positionieren, im Angesicht des russischen Drucks überhaupt noch funktionieren? Ohne Unterstützung von außen kaum. Der liberale Denker und georgische Erziehungsminister Ghia Nodia hat erst vor kurzem geschrieben, die georgische Gesellschaft habe in der letzten Krise einen "moralischen Sieg" errungen. Man hat sich nicht in die Falle einer aussichtslosen Konfrontation ziehen lassen. Georgien wird auch nach dem jüngsten Krieg nicht zu einem neuen Tschetschenien. Das ist die gute Nachricht einer an schlechten Nachrichten reichen Woche. Wäre es

dann aber nicht viel besser für den Frieden in dieser strategischen Region, wenn ein Land wie Georgien (aber auch die Ukraine) der geopolitischen Einsamkeit nicht nur durch einen Nato-Beitritt, sondern viel eher durch einen in ferner Zukunft möglichen EU-Beitritt entkommen könnte? Und so das Versprechen der Rosenrevolution weiterhin verhindert, dass sich georgische Führer einen Bart wachsen lassen und in die Berge gehen?

Gerald Knaus ist Direktor der European Stability Initiative (www.esiweb.org), die auch auf dem Südkaukasus Büros unterhält. Er lebt in Istanbul.